

Nr. 17/ 2016

PRESSEMITTEILUNG

Reform der Anreizregulierung zerstört Vertrauen der Investoren und schadet Kommunen – bundesweit 450 Millionen Euro Verlust pro Jahr

Berlin, 01.06.2016. Das Bundeskabinett hat heute den Entwurf zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung beschlossen. Mit der Verordnung sollen die Investitionsbedingungen der Verteilnetzbetreiber verbessert sowie der Regulierungsrahmen für aktuelle und zukünftige Herausforderungen weiterentwickelt werden.

Dazu Katherina Reiche, Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), der die meisten der rund 900 deutschen Verteilnetzbetreiber vertritt: „In ihrer derzeitigen Ausgestaltung verfehlt die Novelle das Ziel, die Netze fit für aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu machen. Für viele Netzbetreiber verschlechtert sich sogar der Status Quo. Bereits getätigte Investitionen würden entwertet. Durch kürzere Regulierungsperioden und härtere Effizienzvorgaben verschärft der Gesetzgeber den Kostensenkungsdruck für Verteilnetzbetreiber.“

Und weiter: „Wenn bereits getätigte Investitionen entwertet werden, zerstört das das Vertrauen der Netzbetreiber, deren Gesellschafter und Kapitalgeber nachhaltig. Es schadet aber auch den Eigentümerkommunen wirtschaftlich massiv.“ Nach Zahlen der Bundesnetzagentur würden die Pläne der Bundesregierung bundesweit bei den Verteilnetzbetreibern zu einem Verlust von 450 Millionen Euro pro Jahr führen. Reiche dazu: „Die Bundesregierung kann nicht ernsthaft wollen, kommunales Vermögen in solchen Größenordnungen zu entwerten.“

Für die anstehenden Beratungen im Bundesrat fordert der VKU daher die Bundesländer auf, den von der Bundesregierung vorgelegten Verordnungsentwurf zu ändern. „Der Vertrauens- und Bestandsschutz für getätigte Investitionen in die Energiewende muss gewährleistet werden. Die verschärften Kostensenkungsvorgaben sind für Netzbetreiber nicht realistisch zu erreichen. Sie bedeuteten einen erheblichen bürokratischen Aufwand sowohl für die Netzbetreiber als auch für die Regulierungsbehörden“, so Reiche.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt über 1.430 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit über 245.000 Beschäftigten wurden 2013 Umsatzerlöse von mehr als 115 Milliarden Euro erwirtschaftet und mehr als 9,1 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment einen Marktanteil von 52 Prozent in der Strom-, 62 Prozent in der Erdgas-, 82 Prozent in der Trinkwasser-, 67 Prozent in der Wärmeversorgung und 32 Prozent in der Abwasserentsorgung. Sie entsorgen zudem jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 65 Prozent die höchste Recyclingquote unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreicht. Aktuell engagieren sich rund 140 kommunale Unternehmen im Breitbandausbau. Bis 2018 planen sie Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro - damit können dann rund 6,3 Millionen Kunden die Breitbandinfrastruktur kommunaler Unternehmen nutzen.

Invalidenstraße 91

10115 Berlin
www.vku.deGeschäftsführer
Kommunikation:
Carsten Wagner
Fon +49 30 58580-220
Mobil +49 170 8580-226
Fax +49 30 58580-107
carsten.wagner@vku.dePressesprecher:
Stefan Luig
Fon +49 30 58580-226
Mobil +49 170 8580-226
Fax +49 30 58580-107
luig@vku.deStv. Pressesprecherin:
Elisabeth Mader
Fon +49 30 58580-227
Mobil +49 170 8580-227
Fax +49 30 58580-107
mader@vku.de